



Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Lüchow-Dannenberg

An die Landkreisverwaltung

Lüchow-Dannenberg

Resolution

Klimaschutz muss Pflichtaufgabe werden!

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg möge beschließen:

Der Kreistag fordert das Land Niedersachsen auf, festzuschreiben, dass Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene nicht mehr als freiwillige Aufgaben, sondern als Pflichtaufgaben zu bewerten sind und die hierfür erforderlichen gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Des Weiteren fordert der Kreistag - bis es zu einer grundsätzlichen, gesetzlichen Regelung für alle Kommunen - vom Land Niedersachsen, dass bei Kommunen, die mit dem Land einen Zukunftsvertrag zur Entschuldung geschlossen haben, Mittel für den Klimaschutz bereits für das Haushaltsjahr 2022 nicht mehr zu den gedeckelten, freiwilligen Aufgaben gezählt werden.

Begründung:

Es ist unstrittig, dass zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele, zu denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, alle politischen Ebenen von den Gemeinden über die Landkreise und Bundesländer bis zum Bund tätig werden müssen. Die wird auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterlegt. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist keine Sache von Freiwilligkeit, sondern eine Verpflichtung, um unserer existenziellen Lebensgrundlagen zu erhalten. Folglich müssen auch die nun anstehenden Maßnahmen und Investitionen als Pflichtaufgaben gesehen werden. Die hierfür erforderliche rechtliche Klarstellung des Landes fehlt bisher. Insbesondere die Entschuldungskommunen, deren Ausgaben für freiwillige Aufgaben gedeckelt sind, können die notwendigen Investitionen nach derzeitiger Rechtslage nicht tätigen. Sie sind dadurch gegenüber finanziell besser gestellten Kommunen benachteiligt, da sie nicht die Möglichkeit haben, Klimaschutz-Förderprogramme gegen zu finanzieren.

Das Politikjournal Rundblick berichtet am 24.1.22, dass Prof. Hubert Meyer als Hauptgeschäftsführer des Nds. Landkreistages ebenfalls eine Anerkennung von Klimaschutzmaßnahmen als Pflichtaufgaben fordert.

Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen sind Investitionen in die Zukunft. Wie der ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank Nicholas Stern schon 2006 berechnete, würden die volkswirtschaftlichen Schäden um das Vielfache über den notwendigen Klimaschutz-Investitionen liegen.

Julie Wiehler
(Fraktionsvorsitzende)